



Die soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt

**Kongressdokument angenommen am satzungsgemäßen Kongress der EVP
in Bonn, am 9.-10. Dezember 2009**

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Vom Staat erwarte ich nur, dass er die Voraussetzungen schafft, die es mir ermöglichen, so zu leben.“

– Ludwig Erhard

„Mein Einsatz für die private Initiative basiert auf der bewussten Überzeugung, dass die staatliche Planwirtschaft nicht nur wirtschaftlicher Irrsinn ist, sondern dem gesellschaftlichen Wohlergehen schadet.“

– Luigi Sturzo

I. Ideengeschichte und Hintergrund

Die soziale Marktwirtschaft ist weit mehr als nur ein wirtschaftlicher Ansatz. Sie ist der Ausdruck einer moralischen Philosophie für eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz, die für alle ihre Mitglieder nach Würde, Wohlstand, Selbstbestimmung, Unterstützung, Freiheit und Eigenverantwortung strebt, gemäß der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948.

Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt, als Reaktion auf die Erfahrung Europas mit Katastrophen wie Krisen, Totalitarismus und Krieg. Zwar wurde die soziale Marktwirtschaft zuerst in Deutschland als ein marktorientierter und nicht sozialistischer Ansatz von Ludwig Erhard – dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg – sowie Ordoliberalen, wie dem Wirtschaftswissenschaftler Walter Eucken, eingeführt, doch wurde der Begriff bereits in den 30er Jahren von einem Netz europäischer Gelehrter und Politiker aus Frankreich, Italien, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich, den Beneluxländern, Österreich und anderen Ländern entwickelt und präzisiert. Dazu gehörten Louis Rougier und Wilhelm Röpke vom Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf, Jacques Rueff vom Centre International d'Etudes pour la Rénovation du Libéralisme und Mitglieder des Lippmann Colloquiums in Paris, prominente Mitglieder der London School of Economics (LSE) wie Lionel Robbins, sowie führende Vertreter der österreichischen Schule wie Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek. Auch der Präsident der Italienischen Republik, Luigi Einaudi, inspiriert vom Gründer der italienischen Volkspartei und Politikwissenschaftler, Don Luigi Sturzo, erließ Politiken, die im Namen der Einheit und Vollständigkeit der Freiheitsidee auf die Einbindung liberaler wirtschaftlicher Grundsätze in die verschiedenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Lebens abzielten. Das bereitete den Weg für Ideale wie Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung und war ein wichtiger Faktor für das italienische Wirtschaftswunder in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Gründungsväter der sozialen Marktwirtschaft waren der Auffassung, dass die Krise der 1920er und 1930er Jahre in Europa, die zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geführt hatte, in erster Linie durch den Verfall und den letztendlichen Zusammenbruch des freien und auf Konkurrenz beruhenden Marktes ausgelöst worden war. Dies war insbesondere auf einen Staat zurückzuführen, der sich als zu schwach erwiesen hatte, um den Aufstieg von Monopolen und Oligopolen zu verhindern, sowie auf den daraus entstehenden Mangel an Wettbewerb. Die Gründer waren davon überzeugt, dass der Verfall der Marktgrundsätze durch staatlichen Interventionismus, Protektionismus, kollektivistische und zentrale Planung und die Zerstörung einer stabilen und freien Währungsordnung verursacht worden war. Diese Faktoren und andere hatten schließlich zur Zerrüttung des demokratischen Staates in den unruhigen Jahren der Weimarer Republik in Deutschland und zum Aufstieg des totalitären Regimes des Dritten Reichs geführt. Die Begründer der sozialen Marktwirtschaft waren davon überzeugt, dass weder ein staatliches Eingreifen des Staates noch staatliche Steuerung im kommunistischen Sinne, aber auch kein Staat ohne Macht

gegenüber den privaten Wirtschaftsinteressen in der Lage sein würde, ihre Länder wieder aufzubauen und ihre wirtschaftliche und politische Zukunft zu sichern. Vielmehr sahen sie, dass eine sozialistische Planwirtschaft das legitime Streben der Menschen nach Glück, ihre Entscheidungsfreiheit und ihr Recht auf Selbstbestimmung zerstören würde. Andererseits unterschätzten sie auch nicht die Folgen und Exzesse eines schwachen Staates, der unfähig wäre, die Regeln des freien Wettbewerbs sicherzustellen und die Herrschaft von Gesetz und sozialer Gerechtigkeit zu erhalten.

Die soziale Marktwirtschaft beschränkt sich nicht auf ein paar Regeln für die Wirtschaft, sie ist ein zutiefst normatives System, das auf starken Werten ruht. Die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft hatten die Vorstellung eines Systems, in dem wirtschaftliches Wachstum und soziale Nachhaltigkeit nicht mehr im Gegensatz zueinander stünden, sondern im Einklang miteinander eine nachhaltige und positive Entwicklung für die Gesellschaft als Ganzes gewährleisten würden. Die soziale Marktwirtschaft sollte die Werte der Freiheit des Einzelnen, der Solidarität und der Subsidiarität in Einklang bringen. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept, das die Effizienz des Marktes mit Chancengleichheit kombiniert, und somit eine Alternative zum klassischen Liberalismus, der auf Effizienz ohne sozialen Ausgleich und zum Sozialismus, der auf sozialem Ausgleich ohne Effizienz basiert. Die soziale Marktwirtschaft ist in unserer politischen Familie tief verwurzelt. Sie fand ihren deutlichsten Ausdruck in der Christdemokratie im Europa der Nachkriegszeit, ist jedoch ein Grundgedanke aller Parteien der Mitte in Europa. Jüngere Versuche der Sozialisten, diese historische Wahrheit zu untergraben und ein Urheberrecht auf die soziale Marktwirtschaft zu erheben, sind daher klar abzulehnen. Wie das Beispiel Polens beweist, stehen christlich orientierte Arbeitnehmer und ihre Vertreter für Freiheit und Demokratie und setzen sich gegen die Unterdrückung des freien Willens und der Gedankenfreiheit ein.

Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft und die Rolle des Staates

Die Erbauer der sozialen Marktwirtschaft erkannten, dass nur angemessene Rahmenbedingungen, die vom Staat – der öffentlichen Hand auf den verschiedenen Regierungsebenen – aufgestellt werden müssen, ein Gleichgewicht zwischen machtvollen Sonderinteressen und staatlichen Instanzen schaffen können, und so den freien Wettbewerb auf dem Markt auf Verfassungsebene wahren. Der freie Wettbewerb auf dem Markt war auf Grundsätze wie Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung, freier Handel, Vorhersehbarkeit wirtschaftspolitischen Handelns, Rechtsstaatlichkeit, persönliche Haftung und Preisstabilität zu gründen und wird durch politische Maßnahmen ermöglicht, die auf eine stabile Währung, gesunde Staatsfinanzen, Umweltfreundlichkeit und offene Märkte abzielen. Da Marktteilnehmer irrational handeln oder einen beschränkten, auf kurzfristigen Gewinn gerichteten Blick haben und damit den Markt verzerren und gefährden könnten (ein Phänomen, das in der derzeitigen Wirtschaftskrise sehr deutlich wird), muss der Staat die geeigneten Rahmenbedingungen, wie Vorschriften gegen Diskriminierung, für fairen Wettbewerb und gegen das Eingehen exzessiver Risiken schaffen. Das muss jedoch so getan werden, dass die Marktwirtschaft als Ganzes nicht verzerrt wird. In anderen Worten muss die wirtschaftliche Ordnung vom Staat garantiert werden, aber ohne direkt in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen. Wettbewerb und Kooperation zwischen freien Unternehmen und Verbrauchern in einem System der freien Preisbildung ist ein einzigartiger Findungsprozess, der weit mehr zentralisiertes und spontanes Wissen aufnehmen kann, als jede zentrale Planung durch eine mächtige politische Regierung. Unternehmerische Initiative wird so zu einem kraftvollen Instrument für die Steigerung des Reichtums aller Nationen, des Wohlstands für alle.

Um dies erreichen zu können, muss der Staat nicht allgegenwärtig sein, sondern muss die Regeln aufstellen und Schlichter sein. Er muss, wie der deutsche Philosoph Immanuel Kant, der schottische Philosoph Davide Hume und in unseren Tagen der österreichische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Friedrich A. von Hayek und der französische Wirtschaftswissenschaftler Claude-

Frédéric Bastiat es ausdrücken, „universelle Regeln für sittlich richtiges Verhalten“ aufstellen und durchsetzen.

So wird die Synthese einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung geschaffen, indem man Konzepte wie „persönliche Freiheit“ und „freier Wettbewerb auf dem Markt“ mit denen der „Chancengleichheit“ und „sozialen Rechten“ kombiniert, die entgegen einer weit verbreiteten Meinung mit einander vereinbare Begriffe sind. Ohne Frage wurde schon früh erkannt, dass es ohne Freiheit und Wettbewerb als Mittel, um sowohl private als auch staatliche Macht zu begrenzen, keine Lösung für die soziale Frage geben kann.

Das garantiert wiederum gleiche Chancen für alle und ermöglicht die freie Entfaltung der Talente eines jeden. Indem er für die „Spielregeln“ sorgt, wahrt der Staat nicht nur den freien Wettbewerb, freie Wirtschaft, die Schaffung von Wohlstand und den sozialen Frieden, sondern garantiert auch Grundprinzipien wie die Subsidiarität und die Solidarität mit denjenigen, die sich nicht selbst helfen können. „Solidarität“ bedeutet auch Unterstützung für die schwächsten Glieder der Gemeinschaft, sowohl durch die Zivilgesellschaft als auch durch staatliche Einrichtungen, während „Subsidiarität“ als die Verantwortung jedes Einzelnen verstanden wird, für sich selbst zu sorgen, wobei die höhere Ebene der Gesellschaft die Pflicht hat, einzugreifen, wann immer ein Einzelner nicht dazu in der Lage ist und die höhere Ebene besser ausgerüstet ist als der Einzelne, um das bestehende Problem zu bewältigen. Das gilt sowohl für den Einzelnen als auch für Institutionen und Gemeinschaften. Subsidiarität ist demnach das Leitprinzip für alle Ebenen der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Eigentlich bedeutet die europäische Integration die Schaffung einer Region, wo Subsidiarität, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Pluralismus die Grundlage eines offenen und auf Wettbewerb basierenden Findungsprozesses bei der Suche nach neuen und besseren Lösungen bilden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, den wirtschaftlichen und sozialen Wert des gemeinnützigen Sektors und der Freiwilligenarbeit in Europa anzuerkennen, da sie wertvolle Beschäftigungsmöglichkeiten darstellen und eine wertvolle Rolle für das Wohlergehen der Gesellschaft spielen.

Die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft verdienen Solidarität und direkte Unterstützung vom Staat, solange sie nicht für sich selbst aufkommen können. Staatliches Eingreifen, das zu Preisverzerrungen führt, wie z. B. Subventionen und Ausnahmeregelungen, müssen vermieden werden und direkte Sozialhilfezahlungen an diejenigen, die nicht für sich selbst aufkommen können, sind vorzuziehen. Deshalb muss die zeitlich begrenzte Unterstützung durch den Staat für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, gewahrt bleiben. Diese Politik sollte jedoch nie im Widerspruch zu den Grundprinzipien der persönlichen Verantwortung in einem auf Wettbewerb basierenden Marktsystem stehen, da sonst die Grundlage selbst für die Schaffung von „Wohlstand für alle“ zerstört würde.

Die Erbauer der sozialen Marktwirtschaft, die sich den Grundsätzen der Aufklärung und der christlichen Anschauung von persönlicher Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität verbunden fühlten, waren der Auffassung, dass der Staat nicht zu einem „kollektivistischen Gesellschaftsplaner“ des Lebens der Menschen werden darf, sondern im Gegenteil jedem Menschen die Freiheit geben muss, sich für sein eigenes Leben verantwortlich zu fühlen. In diesem Sinne sollte die Dezentralisierung des Staates und die Übertragung von Macht, Verantwortung und angemessenen Mitteln von zentralen auf lokale oder regionale Einrichtungen gefördert werden, um, im Gegensatz zum sozialistischen oder kommunistischen Modell, die Menschen zu stärken. Wir erkennen an, dass es für die Mitgliedstaaten besonders in einem Kontext der Globalisierung, der Wirtschaftskrise und zunehmender Unterschiede in der Europäischen Union schwieriger wird, eine starke Partnerschaft mit ihren Gemeinden und regionalen Gebietskörperschaften, wo sich das Wohlergehen und der

Wohlstand der Bürger in erster Linie entwickeln, zu betonen. In einem demokratischen Verfassungsstaat verankert ist die soziale Marktwirtschaft daher ein soziales System, das auch zutiefst der christlichen Auffassung des Menschen als eines „totus unus“ mit der sozialen Ordnung und mit der Natur entspricht.¹ In der Tat ist der Zweck der Wirtschaft, den Menschen zu dienen.

Desgleichen betonten die Autoren der sozialen Marktwirtschaft, indem sie versicherten, dass *„der Markt an sich sozial ist, da er die einzige Kraft ist, die die Bedürfnisse aller Bürger befriedigen kann“*, die soziale und Verteilungsmacht einer freien Marktwirtschaft nach den Grundsätzen des freien Wettbewerbs, der Rechtsstaatlichkeit, der Währungs- und Steuerstabilität, des Umweltschutzes und des wirtschaftlichen Wachstums als die Grundlage eines sich daraus ergebenden Systems der gesellschaftlichen Verteilung. Nach Auffassung der Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft kann nur der freie Markt *„ein Höchstmaß des wirtschaftlichen Gewinns und soziale Gerechtigkeit an alle“* verteilen.

Das letztendliche Ziel war und ist es immer noch, die Voraussetzungen für ein „gutes Leben“ für alle zu schaffen. In diesem Sinne ist die breite Teilhabe der Menschen am allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt und die Gewinnverteilung eine zentrale Priorität für die soziale Marktwirtschaft, die auch starke Sozialpartner erfordert.

Dieses Modell hat letztendlich nicht nur den Weg für den erfolgreichen Wiederaufbau in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg – das so genannte Wirtschaftswunder – vorgezeichnet, sondern lieferte auch die Grundlage für unseren derzeitigen wirtschaftlichen Wohlstand und die politische und soziale Stabilität in der Europäischen Union als Ganzes. Seit dem Vertrag von Rom 1957 wurden einige Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, wie offene Märkte und der freie internationale Handel, Wettbewerbs- und Kartellgesetze angenommen und in die Europäische Union integriert. Infolgedessen postuliert der Vertrag von Lissabon, wenn er in Kraft sein wird, dass die EU *„auf einer wettbewerbsintensiven sozialen Marktwirtschaft beruhen“* soll (Art. 3.3). Mit der Annahme dieses Vertrags hat die EU ihr gesellschaftspolitisches Engagement für die soziale Marktwirtschaft als ihr *„erstrebenswertes gesellschaftliches Modell für Europa“* deutlich gezeigt. Mit der Ausdehnung der politischen Funktionen der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen nach der zu begrüßenden Annahme des Vertrags von Lissabon wird die Union in der Lage sein, die soziale Marktwirtschaft in größerem Maße strategisch angehen können als es einer der Nationalstaaten könnte.

¹ Nach den Worten von Wilhelm Roepke ist „der Maßstab für die Wirtschaft der Mensch und der Maßstab des Menschen ist seine Beziehung zu Gott“. Siehe auch die Enzykliken *Rerum Novarum* von Papst Leo XII (neunzehntes Jahrhundert), *Quadragesimo Anno* von Papst Pius (1931), *Centesimus Annus* von Papst Johannes Paul II (1991) und *Caritas in veritate* von Papst Benedikt XVI (2009).

II. Die soziale Marktwirtschaft und die Herausforderung der Globalisierung

Das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft hat in den letzten 60 Jahren in Westeuropa und in vielen anderen Ländern der Welt für einen hohen Wohlstand, hohes Wachstum und einen starken sozialen Zusammenhalt gesorgt. Lange Zeit galten die westliche Welt und insbesondere die Europäische Union als erfolgreiches Modell. Die Globalisierung – und der weltweite Erfolg der Marktwirtschaft – haben das wirtschaftliche Wachstum überall in der Welt angekurbelt. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise hat jedoch auch auf schmerzhaft Weise deutlich gemacht, dass globalisierte Märkte klare und bessere Regeln und effiziente Aufsichtssysteme benötigen, die auf ethischen Grundsätzen beruhen. Das trifft vor allem auf die Finanzmärkte zu, da sie dafür sorgen, dass unsere Wirtschaften funktionieren können. Wie die jüngste Krise gezeigt hat, verursachen ausfallende Finanzmärkte riesige Probleme für unsere Volkswirtschaften als Ganzes.

Das Voranbringen und die Stärkung der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft in einer internationaleren und stärker vernetzten globalen Wirtschaft muss daher unsere oberste Priorität werden. Die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer können aus den Chancen der Globalisierung Nutzen ziehen und sich die Verantwortung für die Bewältigung der globalen Herausforderungen, mit denen wir alle konfrontiert sind, teilen. Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft können zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen. Besonders der Globalisierungsprozess hat die Notwendigkeit einer strukturellen Erneuerung unserer Volkswirtschaften gezeigt, um die Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Produktivität, Nachhaltigkeit und Einbeziehung zu erhöhen, die zu sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Europäischen Union führen. Das ist auch die Bedingung für die Schaffung von Arbeitsplätzen für unsere Bürger die Stärkung und Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts.

Auch muss der Gedanke eines vernünftigeren und effizienteren Managements der öffentlichen Güter gestärkt und mit einer strengeren Bewertung ausschließlich derjenigen beruflichen Fähigkeiten und Führungsqualitäten einhergehen, die auf hochwertigen Leistungen von Arbeitnehmern und Managern beruhen, angefangen im öffentlichen Dienst. Der „Faktor Wirtschaftlichkeit und Leistung“ in der öffentlichen Verwaltung muss bei unserer kritischen Beurteilung wieder an erster Stelle stehen.

Themen wie die demographischen Wachstumsaussichten für Europa, die alternde Bevölkerung, Immigration, Energieversorgung und Umweltschutz in Verbindung mit dem globalen Klimawandel oder Konsum- und Produktionsweisen, sowie Fragen der Nachhaltigkeit unserer derzeitigen Renten- und Wohlfahrtssysteme müssen mit berücksichtigt werden, da es sich hier um langfristige Herausforderungen für Europa handelt. Darüber hinaus wird der Handlungsbedarf, wie schon in der Lissabon-Agenda erklärt, durch die neue internationale Dimension und die schnelllebige wissensbasierte Gesellschaft noch dringender. Dies erfordert, dass wir unsere Anstrengungen mehr auf die neuen Herausforderungen richten, die sich unseren Bildungssystemen stellen, und die Entwicklung eines freien und offenen Bildungssystems fördern, wo der Einzelne und die Familie ihren Wünschen gemäß wählen kann. Ein freies Bildungssystem ist effizienter und wettbewerbsfähiger, es kann den Bedürfnissen des Menschen und den Anforderungen des Marktes besser gerecht werden, da es flexibler ist und die wirtschaftlichen und sozialen Änderungen, die eine ständige Erneuerung unserer beruflichen Qualifikationen in einem sich schnell verändernden Umfeld, schneller erfassen und sich an sie anpassen kann. Bildung und Erziehung sind jedoch ein ganzheitliches Konzept: Der Mensch darf nicht einfach wie eine wirtschaftliche Variable behandelt werden, sondern muss als ein „totus unus“ betrachtet werden, so dass seine ihm innewohnende Würde respektiert wird.

Die Umverteilungspolitiken in vielen EU-Mitgliedstaaten bieten nicht genügend Anreize für Arbeitslose, wieder in die Beschäftigung zurückzukehren. Einige „Sozialpolitiken“ erweisen sich faktisch als antisozial, da sie die Menschen entmutigen, für sich selbst zu sorgen und sie stattdessen

am Rand unserer Gesellschaft stehen lassen. Die Aufmerksamkeit sollte daher mehr auf Politiken gerichtet werden, die darauf abzielen, die Verantwortung jedes Einzelnen zu fördern, d. h. die moralische Pflicht des Einzelnen gegenüber seinen Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft hervorzuheben. Menschen, die ihre Beschäftigungsfähigkeit verloren oder in ihrer Beschäftigungsfähigkeit benachteiligt sind, müssen allerdings unterstützt werden. Arme und Schwache dürfen nie außerhalb unserer Gesellschaft stehen gelassen werden und es muss verstärkt darauf geachtet werden, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Der Grundsatz der Solidarität ist auch auf die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Ausführung von EU-Politiken anwendbar. Eine effizientere und dynamischere Integration der mittel- und osteuropäischen Länder sowie ein hoher Grad an Ehrgeiz, was ihre Konvergenz betrifft, sind wünschenswert, um zu einer faireren Sozial- und Kohäsionspolitik in der EU zu gelangen.

Die vier Hauptsäulen, auf denen die soziale Marktwirtschaft beruht, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Individuelle Freiheit, persönliche Verantwortung und Privatautonomie gegenüber dem Staat und mächtigen Interessengruppen, eingebettet in eine starke Zivilgesellschaft.
- Freie Märkte, d. h. funktionierender Wettbewerb, die Produktionsmittel im privaten Eigentum, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit, persönliche Haftung, Kontrollen gegen Monopole und Machtmissbrauch, freier internationaler Handel und Währungsstabilität. Kurz gesagt ist ein Markt nur dann frei, wenn er geeignete und eindeutige gemeinsame Regeln hat, die auch für Rechtssicherheit sorgen.
- Solidarität und Subsidiarität mit dem Ziel, die menschliche Würde zu achten und den sozialen Frieden durch eine Politik zu wahren, die mit einem funktionierenden Markt sowie mit den Grundsätzen von Gegenseitigkeit und Nachhaltigkeit kompatibel ist.
- Achtung der Schöpfung, die für die künftigen Generationen zu bewahren ist, und als gemeinsames Erbe, das für die harmonische Entwicklung jedes zukünftigen Menschen wesentlich ist.

Soziale Marktwirtschaft – unser Weg aus der Krise

Heute ist deutlicher denn je, dass die internationalen Finanzmärkte weltweite gemeinsame Regeln benötigen, um nachhaltig funktionieren zu können. Wir brauchen ein globales Bezugssystem, das mit den Innovationen der Finanzmärkte Schritt halten kann. Nur ein globaler Ansatz kann Lösungen für globale Probleme bieten. Die EVP ist dafür, die Kooperation auf europäischer Ebene zu intensivieren und multilaterale Institutionen zu stärken. Die gemeinsam vereinbarten europäischen und internationalen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte waren der erste Schritt hin zu neuen Regeln im internationalen Maßstab. Jetzt müssen wir uns über neue internationale Regeln einigen, die auf den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft beruhen, die die Einhaltung von ethischen und moralischen Grundsätzen umfassen.

In der Tat hat die jüngste Finanzkrise gezeigt, dass so manche Befürchtungen in Bezug auf unregulierte globale Finanzmärkte berechtigt waren. Die enormen Auswirkungen der Globalisierung haben dazu beigetragen, die Skepsis vieler Menschen gegenüber der Marktwirtschaft zu verstärken, und sogar Zweifel an ihrer Eignung für Entwicklungsländer aufkommen lassen. All der derzeitigen Nöte und ungelösten Regulierungsfragen zum Trotz ist die EVP jedoch überzeugt, dass die Marktkräfte in der Lage sind, weltweit Wachstum, Wohlstand und Reichtum zu schaffen, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Die Fähigkeit der Marktwirtschaft, Wohlstand zu schaffen und die Freiheit zu vergrößern, ist bis heute unerreicht. Aber diese Krise hat uns auch daran erinnert, dass der Markt ohne die geeigneten Institutionen und Rahmenbedingungen außer Kontrolle geraten kann. Das

muss verhindert werden, da der Markt nach Ansicht der EVP nicht Selbstzweck ist, sondern den Bürgern dienen sollte. Unser Ziel ist es, „Wohlstand für alle“ zu schaffen.

Die Krise auf den globalen Finanzmärkten hat einen allgemeinen Mangel an Regulierung und insbesondere einen Mangel an funktionierender Aufsicht ans Licht gebracht. Was wir heute erleben, ist nicht der „Untergang des Kapitalismus“ – wie viele Kritiker aus dem sozialistischen Lager sagen –, sondern das Ergebnis eines Versagens der Aufsicht und Regulierung im Finanzsektor, sowohl in Europa als auch in den USA. Kurz gesagt haben die Teilnehmer der globalen Finanzmärkte nicht der sozialen Marktwirtschaft gemäß gehandelt, dem wirtschaftlichen und sozialen Gründungsprinzip der Europäischen Volkspartei. Ganz im Gegenteil, die angemessenen Rahmenbedingungen, die nötig sind, damit die Finanzmärkte richtig arbeiten können, kamen nicht zur Anwendung. Um auf die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft zurückzukommen: das Axiom „so viel Markt und private Initiative wie möglich, so viel Staat wie nötig“ hat heute mehr Gültigkeit denn je. In diesem Sinne muss die Rolle des Staates gegenüber der Rolle der Privatwirtschaft insbesondere in der Finanzwelt sorgfältig neu abgewägt werden, wobei der öffentliche Bedarf an mehr wirtschaftlicher Effizienz, sozialem Zusammenhalt und Solidarität zu berücksichtigen ist.

Es bleibt unser Hauptanliegen, wirtschaftliche Dynamik und Einbeziehung zu gewährleisten, um die Beschäftigungsaussichten in Europa zu erhöhen und die Bedingungen zu schaffen, damit sich die Weltwirtschaft wieder erholen kann. Die Politik muss sich darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen zu verbessern, die die Gründung und den Aufbau von Unternehmen vereinfachen, da kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ein Teil der Lösung sein werden. Nur international anerkannte Regeln und Regulierungssysteme werden in der Lage sein, die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise zu überbrücken, und so dem Ruf der Sirenen regionaler und supranationaler protektionistischer Maßnahmen zu widerstehen.

Für eine Wirtschaft im Dienste der Bürger

Wir wollen einen hohen Grad der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts erreichen, und dafür müssen wir mehr tun. In einer wettbewerbsintensiven und leistungsorientierten Wirtschaft ist die EVP für eine Erhöhung der Flexibilität unserer Arbeitsmärkte, den Abbau von unnötigen gesetzlichen und bürokratischen Hemmnissen, um einen „fairen Wettbewerb“ in Europa und weltweit zu gewährleisten sowie für die Förderung unserer KMU, die für Innovation und unternehmerische Tätigkeit stehen. KMU haben eine enorme Fähigkeit, ethische Werte zu schaffen, nachhaltige Investitionen anzukurbeln und künftige Arbeitsplätze zu schaffen.

Darüber hinaus ist die EVP für einen starken sozialen Dialog, um einen ausgewogenen sozialen Frieden zu bewahren. Es besteht der weit verbreitete Irrglaube, dass mehr Einbeziehung notwendigerweise weniger wirtschaftliche Effizienz bedeutet (und umgekehrt). Im Gegenteil, die soziale Marktwirtschaft, die den Schwerpunkt zum einen auf sozialen Frieden und zum anderen auf den Staat als Schlichter und Durchsetzer von gerechten Regeln und sittlich richtigem Verhalten legt, ist die Antwort auf die soziale Frage. Wir unterstützen Ideen, die die grundlegenden und positiven Änderungen berücksichtigen, die durch den wachsenden internationalen Handel, globalisierte Produktionsprozesse und die neue Dynamik nach dem Untergang des Kommunismus durch eine erneuerte Entscheidungsfreiheit hervorgebracht wurden.

Umwelt- und Verantwortungsbewusstsein sind in der sozialen Marktwirtschaft von Anfang an verankert. Eine erneuerte, global ausgerichtete soziale Marktwirtschaft wird nachhaltiges Wachstum fördern und zu mehr Bemühungen gegen Umweltschäden und Klimawandel führen. Diese Anstrengungen erfordern einen globalen Ansatz, der nicht allein die industrialisierten Länder, sondern auch die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder mit einbezieht. Wenn man

den Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung im Bereich der umweltfreundlichen Technologien und die Verbesserung der globalen technischen Zusammenarbeit legt, wird die „öko-logische“ soziale Marktwirtschaft die Öko-Innovation und die grüne Beschäftigung für den globalen Wohlstand aller Menschen ankurbeln. Um Marktverzerrungen zu vermeiden, benötigen wir jedoch weltweit geltende Regelungssysteme.

Die Europäische Volkspartei (EVP) unterstützt als die größte gesamteuropäische Partei Maßnahmen und Reformen, die, wenn sie auf maßgeblichen Ebenen der Politikgestaltung – lokal, regional, national, europäisch und international – durchgeführt werden, dazu beitragen dürften, unserer sozialen Marktwirtschaft eine neue Form zu geben und sie damit noch robuster für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass dies getan werden kann, ohne auf den fundamentalen Grundgedanken einer Kombination von Freiheit auf dem Markt und sozialer Ausgewogenheit zu verzichten. Die EVP ruft die EU-Mitgliedstaaten daher zur Umsetzung der folgenden Punkte auf:

- 1) Verstärkte Bemühungen, durch die unabhängige Arbeit der Europäischen Zentralbank, die die Inflation bekämpft (auch in Form von Inflationsblasen bei den Vermögensgüterpreisen) und die richtige Geldmenge steuert, für eine stabile makroökonomische und Währungspolitik zu sorgen. Vor allem nach der Erholung von der derzeitigen Wirtschaftskrise, ist es umso notwendiger, vernünftige Steuerpolitiken zu führen, die die Staatsverschuldung unter Kontrolle halten und verringern können. Das ist nicht nur eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, sondern auch ein wichtiges Element der Sozialpolitik zugunsten derjenigen, die von ihren eigenen Ersparnissen und nicht von Überweisungen vom Staat abhängen, um über die Runden zu kommen, und ein Zeichen des Respekts gegenüber den kommenden Generationen. Nach einem Zitat von Erhard sind „niedrige Steuern und eine stabile Währung die beste Sozialpolitik“. Eine Anti-Inflationspolitik und vernünftige Haushaltsregeln sind auf lange Sicht wachstumsfördernd und steigern die Beschäftigungsaussichten unserer Jugend. Damit würde der Staat seiner Rolle als „guter Verwalter der Interessen künftiger Generationen“ nachkommen. Auch ist eine Anti-Inflationspolitik der beste Weg, den Wert des Geldes der Rentner und Sparer zu erhalten. Und schließlich hat die Finanzkrise gezeigt, dass der Anstieg der öffentlichen und privaten Verschuldung in Grenzen gehalten werden muss.
- 2) Instandsetzung des globalen Finanzsystems durch die Einrichtung einer vermehrten und besseren europäischen und globalen Kooperation bei der Finanzregulierung und -aufsicht, um das Kreditvertrauen und die Kreditvergabe an unsere KMU und unsere Realwirtschaft insgesamt wieder herzustellen, und demnach durch eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen Arbeitsplätze zu schaffen. Den KMU-Sektor durch die aktive Umsetzung der Ziele des „Small Business Act“ zu unterstützen und die Bedeutung der KMU als Schaffer von Arbeitsplätzen in der EU anzuerkennen. Aufgrund ihrer Größe und Struktur sind KMU potenziell flexibler und dynamischer als Großunternehmen, aber sie sind auch anfälliger und finden es oft schwierig, an Kapital und Finanzierungsquellen zu gelangen. In diesem Sinne muss alles getan werden, um den KMU das Leben zu erleichtern (Reduzierung von administrativen und gesetzlichen Schranken für KMU, Schaffung einer geeigneten Gesetzgebung für den Schutz der KMU-Interessen, Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln, usw.).
- 3) Förderung von Initiativen, die zur Liberalisierung des internationalen Handels führen, Abschluss der Doha-Runde und die Verteidigung von internationalen freien Handelsbewegungen und -übereinkommen im Gegensatz zu restriktiven protektionistischen Politiken, die das globale, europäische und nationale Wachstum untergraben würden. Zugleich müssen wir uns dafür entscheiden, ökologische und soziale Standards, die von einigen Staaten außerhalb der Europäischen Union angegriffen werden, effizient zu schützen.

- 4) Den Weg aus der Krise wird man vor allem mit Maßnahmen finden, die die Innovation und unternehmerische Initiative stärken, junge Leute dazu ermutigen, ihre eigenen Unternehmen zu gründen und die soziale Verantwortung der Unternehmen fördern.
- 5) Ein gesundes ethisches Verhalten auf den höchsten Führungsebenen der Wirtschaft fördern, das auf dem Sinn für die persönliche Verantwortung und der Fähigkeit beruht, über das unmittelbare Eigeninteresse hinaus zu schauen.
- 6) Nutzung der stillen und bisher noch unerschlossenen Talente Europas. Das ist in der heutigen globalisierten Welt von allergrößter Bedeutung. Es werden mehr Investitionen für Bildung und Ausbildung benötigt, um besser aufeinander abgestimmte und schlüssigere Maßnahmen für eine stabile, nachhaltige und grünere Wirtschaft sicherzustellen. Lebenslanges Lernen und Ausbildungsmöglichkeiten sollten gefördert werden und den Einzelnen in seinem gesamten Berufsleben begleiten, um hoch qualifizierte und anpassungsfähige Arbeitskräfte zu erhalten. Im globalen Kontext wird oft wiederholt, dass die entscheidenden Faktoren für höhere Erwerbseinkommen Wachstum und eine bessere Bildung und Ausbildung sind. In der Tat wird Europa nur dann einen hohen Lebensstandard bewahren können, wenn unsere Gesellschaften in die Talente und Fähigkeiten unserer Bürger investieren. Bürgern sollten berufliche Umschulungsprogramme bereitstehen, damit sie sich in sich verändernde Wirtschaftssektoren integrieren zu können. Vor allem die Verbesserung der europäischen Hochschulsysteme und eine bessere Verknüpfung zwischen dem Bildungswesen und den Arbeitsmärkten sind für die Zukunft unserer Gesellschaften entscheidend. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt die Bedeutung von Wirtschaftserziehung.
- 7) Ein flexiblerer Arbeitsmarkt (für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) schafft mehr Arbeitsplätze und mehr Chancen für alle. Die Arbeitsmärkte in Europa werden zu oft als soziopolitische Einheiten angesehen, die von oben herab mittels Rechtsprechung und sonstigen staatlichen Eingriffen gesteuert werden müssen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass die Summe solcher Entscheidungen die Kapitalkraft und die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Unternehmen schwächen kann. Das kann zur Folge haben, dass die Chancen der Unternehmen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, weiter untergraben werden, was letztendlich weitere Arbeitsplätze gefährdet. Das ist besonders der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Leuten abträglich. Sich weiter um den Abbau von Bürokratie zu bemühen, würde den KMU helfen. Die Mitgliedstaaten sollten daher eher Strategien für eine größere Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen ausarbeiten, um ihnen zu helfen, auf die sich wandelnden wirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse zu reagieren. Der Arbeitsmarkt muss dem Bedarf von jungen Leuten angepasst werden und an diejenigen, die ein Alter von 55 Jahren erreicht haben. Diese Gruppen sind noch immer von hoher struktureller Arbeitslosigkeit betroffen. Ferner sollten die Mitgliedstaaten in Lösungen investieren, die Familienleben und berufliche Laufbahn besser ein Einklang bringen.
- 8) Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten durch eine größere Arbeitskräftemobilität innerhalb der Europäischen Union, sowie aktive Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen und andere benachteiligte soziale Gruppen. Dafür müssen legale Hindernisse abgebaut und Unterstützungsmaßnahmen eingeführt werden. Darüber hinaus müssen wirksame Maßnahmen für eine bessere Vereinbarung von Arbeit und Privat- und Familienleben getroffen werden, wobei zugleich nationale Kompetenzen – z. B. bei der sozialen Sicherheit – und das Recht aller Mitgliedstaaten, ihr eigenes Arbeitsmarktmodell zu behalten, respektiert werden müssen.
- 9) Verbesserung und Modernisierung der gesellschaftlichen Schutzsysteme, indem aktivere Praktiken und Formen der sozialen Sicherheit vorangebracht werden, die Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Dadurch wird ihre schnelle Rückkehr in den und Beteiligung an dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozess entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen erleichtert. Auch die Konzepte der sozialen Gerechtigkeit wie die Überweisung von Mitteln von der einen auf die andere Seite oder Preisinterventionen müssen geklärt werden. Sozialausgaben, die für die Solidarität in den

Gesellschaften wichtig sind, sollten hingegen marktgerecht sein und auf gleiche Chancen für die persönliche Entwicklung abzielen. In diesem Sinne sollten Sozialausgaben auf Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen, Marktzugangschancen für alle und persönliche Anreize konzentriert werden.

- 10) Erhaltung der Solidarität zwischen den Generationen in den einzelnen Mitgliedstaaten, indem die Nachhaltigkeit der Rentensysteme für gegenwärtige und kommende Rentenberechtigte gewährleistet und so der demographischen Herausforderung entsprochen, die Förderung von Investitionen in private Rentensysteme als zusätzliche Finanzierungsquelle, die Unterstützung von Privatversicherungssystemen, die miteinander sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene im freien Wettbewerb stehen und vom Staat überwacht werden sollten, und die die Europäer dazu ermutigen, länger zu arbeiten.
- 11) Stärkung des Bewusstseins für und des Schutzes gegen die Folgen von Umweltschäden und Klimawandel stärken, indem vereinbarte Ziele für den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung in die Definitionen unserer Wirtschaftspolitiken aufgenommen werden. In Übereinstimmung mit dem Erhardschen Grundsatz der „Wahrung der Schöpfung“ und als eindeutige Pflicht gegenüber unseren kommenden Generationen müssen wir uns mehr um die Förderung eines nachhaltigen Konsums und einer ebensolchen Produktion bemühen, die Umweltverschmutzung einschränken und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in der EU senken, sowie die CO₂-Emissionen gemäß den Entscheidungen des Europäischen Rates drosseln, und dabei zugleich die Bedürfnisse unserer gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen berücksichtigen. Ziel ist es daher, die CO₂-effizienteste Wirtschaft der Welt zu werden. Es ist unerlässlich, Innovation in Europa zu fördern und den KMU zu helfen, sich mehr darauf zu konzentrieren, gute Ideen Wirklichkeit werden zu lassen. Der Schwerpunkt muss auf die Sicherheit der Energieversorgung, Energieeffizienz, FuE und Innovation gelegt werden, um gerade im Interesse des Umweltschutzes neue und im Wettbewerb stehende Technologien entwickeln zu können, vor allem, da neue Geschäfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der „grünen Technik“ und „grünen Energie“ entstehen. Nur wenn wir „nachhaltiges Wachstum fördern“, werden unsere Gesellschaften und Wirtschaften zukunftsfähig bleiben. Vor diesem Hintergrund sollte der Staat vorrangig in Forschung und Entwicklung investieren, um neue Ideen und Techniken ans Licht zu bringen. Die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik soll die europäische Ernährungsunabhängigkeit stärken.
- 12) Stärkung der Rolle des Staates als Organisator eines umfassenden und gesunden Wettbewerbs in allen Dimensionen der Marktwirtschaft und so dem Wunsch der Öffentlichkeit nach wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Eingliederung entsprechen.
- 13) den KMU-Sektor mit einer Diversifizierung der Finanzdienstleistungen und mit Entwicklungszentren für kleine Unternehmen zu unterstützen.

Schließlich sind wir fest davon überzeugt, dass eine solche soziale Marktwirtschaft als ein offenes System das Markenzeichen unseres wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs in Europa und auf der ganzen Welt werden kann. Heute müssen wir Wege finden, um unsere Wirtschaftsstrukturen unter einem geeigneten Regulierungssystem effizienter und unsere Finanzsysteme gesunder und robuster zu machen. Wir müssen unsere bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen neu überdenken, indem wir Innovationsprozesse fördern, unsere europäischen Volkswirtschaften in einen größeren internationalen Kontext einbetten und indem wir sie mit mehr Innovation und unternehmerischer Initiative der sozialen Mobilität, wirtschaftlicher Dynamik und Eingliederung öffnen. Investitionen in Bildung sind die beste Sozialpolitik, um mehr Menschen in die Lage zu versetzen, für sich selbst und ihre Familien aufzukommen und so den vollen Nutzen aus den Möglichkeiten zu ziehen, die ihnen die soziale Marktwirtschaft bietet. Nur wenn wir diese Politiken anwenden, werden wir in der Lage sein, die Führung auf dem globalen Weg in Richtung Wachstum und Wohlstand für alle Bürger zu behalten.